30.01.2023

Kleine Anfrage 1225

der Abgeordneten Angela Freimuth FDP

Wie ist der Stand bei der Digitalisierung der Landesverwaltung?

Die Einführung der E-Verwaltungsarbeit ist eines der umfassendsten Modernisierungsvorhaben der Landesverwaltung. Erst im Jahr 2017 wurde der Zuschlag für den Rahmenvertrag zur Einführung der landesweiten E-Akte in Nordrhein-Westfalen erteilt und die erste Version der E-Laufmappe entwickelt. Nach umfangreichen Tests und Pilotierungen im damaligen Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie als digitalem Modellministerium, wird die E-Verwaltungsarbeit seit April 2020 in insgesamt 258 Behörden der Landesverwaltung eingeführt. E-Akte und E-Laufmappe bilden dabei die Grundlage für eine weitergehende Digitalisierung der Verwaltungsabläufe. Sie sorgen dafür, dass vollständig digital, medienbruchfrei und ortsunabhängig gearbeitet werden kann.

Die Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung hat am 07.12.2022 in der Haushaltsdebatte zum Einzelplan 08 gesagt, bei der Verwaltungsdigitalisierung sei der Zustand Nordrhein-Westfalens wie der eines Geschäfts mit vollem Schaufenster, aber ohne Waren.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Behörden sowie Beschäftigte der Landesverwaltung können gegenwärtig jeweils die E-Akte, die E-Laufmappe und das Sichere-Scan-Verfahren nutzen?
2. Für wie viele Behörden sowie Beschäftigte der Landesverwaltung sind die Einführung der E-Akte, der E-Laufmappe und des Sicheren-Scan-Verfahrens gegenwärtig in der Umsetzung?
3. Für wie viele Behörden sowie Beschäftigte der Landesverwaltung hat die Einführung der E-Akte, der E-Laufmappe und des Sicheren-Scan-Verfahrens noch nicht begonnen?
4. Bis wann plant die Landesregierung die Ausrollung der E-Akte, der E-Laufmappe und des Sicheren-Scan-Verfahrens für alle Behörden sowie alle Beschäftigten der Landesverwaltung abzuschließen?
5. Worin bestehen die größten Hindernisse, eine vollständige Digitalisierung der Landesverwaltung schneller umzusetzen?

Angela Freimuth

Datum des Originals: 30.01.2023/Ausgegeben: 30.01.2023

21.03.2023

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 1225 vom 30. Januar 2023
der Abgeordneten Angela Freimuth FDP
Drucksache 18/2782

Wie ist der Stand bei der Digitalisierung der Landesverwaltung?

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Die Einführung der E-Verwaltungsarbeit ist eines der umfassendsten Modernisierungsvorhaben der Landesverwaltung. Erst im Jahr 2017 wurde der Zuschlag für den Rahmenvertrag zur Einführung der landesweiten E-Akte in Nordrhein-Westfalen erteilt und die erste Version der E-Laufmappe entwickelt. Nach umfangreichen Tests und Pilotierungen im damaligen Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie als digitalem Modellministerium, wird die E-Verwaltungsarbeit seit April 2020 in insgesamt 258 Behörden der Landesverwaltung eingeführt. E-Akte und E-Laufmappe bilden dabei die Grundlage für eine weitergehende Digitalisierung der Verwaltungsabläufe. Sie sorgen dafür, dass vollständig digital, medienbruchfrei und ortsunabhängig gearbeitet werden kann.

Die Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung hat am 07.12.2022 in der Haushaltsdebatte zum Einzelplan 08 gesagt, bei der Verwaltungsdigitalisierung sei der Zustand Nordrhein-Westfalens wie der eines Geschäfts mit vollem Schaufenster, aber ohne Waren.

Die Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung hat die Kleine Anfrage 1225 mit Schreiben vom 21. März 2023 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten sowie allen übrigen Mitgliedern der Landesregierung beantwortet.

1: *Wie viele Behörden sowie Beschäftigte der Landesverwaltung können gegenwärtig jeweils die E-Akte, die E-Laufmappe und das Sichere-Scan-Verfahren nutzen?*

Die E-Akte können gegenwärtig ca. 18.000 Beschäftigte in 71 Behörden nutzen. Die E-Laufmappe können gegenwärtig ca. 22.000 Beschäftigte in 72 Behörden nutzen. Das ersetzende Scannen über die zentrale Posteingangsscanstelle ist gegenwärtig in 14 Behörden im Einsatz. Drei weitere Behörden der Finanzverwaltung nutzen aufgrund gesetzlicher Vorgaben (§ 30 der Abgabenordnung und § 20 Abs. 3 Finanzverwaltungsgesetz) eine eigene Scanstelle im

Datum des Originals: 21.03.2023/Ausgegeben: 27.03.2023

Landesamt für Besoldung und Versorgung. Auch das IM sowie die Bezirksregierungen Detmold und Münster haben jeweils eigene Scanstellen.

2: Für wie viele Behörden sowie Beschäftigte der Landesverwaltung sind die Einführung der E-Akte, der E-Laufmappe und des Sicherer-Scan-Verfahrens gegenwärtig in der Umsetzung?

Die Einführung der E-Akte befindet sich gegenwärtig bei rund 67.000 Beschäftigten in 142 Behörden in der Umsetzung. Die Einführung der E-Laufmappe befindet sich gegenwärtig bei rund 86.000 Beschäftigten in 142 Behörden in der Umsetzung. Die Einführung des ersetzenden Scan-Verfahrens ist gegenwärtig in acht Behörden in der Umsetzung. Drei weitere Behörden der Finanzverwaltung planen die im Landesamt für Besoldung und Versorgung eingerichtete Scanstelle zu nutzen. Die 50 Polizeibehörden planen ebenfalls eigene Scanstellen.

3: Für wie viele Behörden sowie Beschäftigte der Landesverwaltung hat die Einführung der E-Akte, der E-Laufmappe und des Sicherer-Scan-Verfahrens noch nicht begonnen?

Für ca. 2.700 Beschäftigte bzw. 2.400 Beschäftigte in 12 Behörden steht die Einführung der E-Laufmappe bzw. der E-Akte noch an. Für 12 Behörden hat die Anbindung an das ersetzende Scannen an die zentrale Posteingangsscanstelle noch nicht begonnen.

4: Bis wann plant die Landesregierung die Ausrollung der E-Akte, der E-Laufmappe und des Sicherer-Scan-Verfahrens für alle Behörden sowie alle Beschäftigten der Landesverwaltung abzuschließen?

Die Planungen richten sich nach den Vorgaben des E-Government-Gesetzes NRW, welches vorsieht, dass das Ausrollen der E-Akte, der E-Laufmappe und des Scan-Verfahrens zum 31. Dezember 2025 abgeschlossen wird.

5: Worin bestehen die größten Hindernisse, eine vollständige Digitalisierung der Landesverwaltung schneller umzusetzen?

Die größten Hindernisse, eine vollständige Digitalisierung der Landesverwaltung schneller umzusetzen, sind die bestehende heterogene IT-Infrastrukturlandschaft in der Verwaltung und langwierige Abstimmungsverfahren mit diversen Stakeholdern bei gleichzeitiger Ressourcenknappheit durch Fachkräftemangel im Bereich der Informationstechnik sowohl in der Landesverwaltung als auch bei den beauftragten Dienstleistern.